

ÖSTERREICHISCHER SIEDLERVERBAND

INTERESSENVERTRETUNG DER SIEDLER UND EIGENHEIMBESITZER

SIEDLERVEREIN NORDRANDSIEDLUNG ZVR-ZAHL: 636410474

80 Jahre Nordrandsiedlung

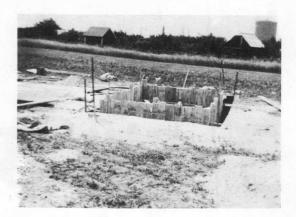
1936 - 2016



Grafikhintergrund: Stadt Wien - ViennaGIS

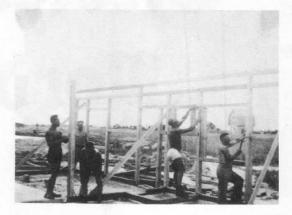
Bildbericht von der 4. Stadtrandsiedlung Leopoldau 1935



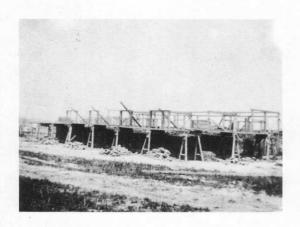


Als erste Arbeit wird der Grund ausgehoben

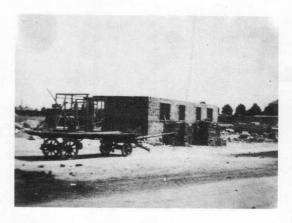




Nun das Betonieren des Kellers







bis zur Gleiche

80 Jahre Nordrandsiedlung

Vorwort

Vor nunmehr 80 Jahren bezogen 324 Familien, durchwegs Arbeitslose und Ausgesteuerte, jene Siedlungshäuser, die damals im Rahmen einer "Randsiedlungsaktion" der Stadt Wien nach zweijähriger Bauzeit von den Siedlern eigenhändig unter der Bauaufsicht der "GESIBA" errichtet und fertiggestellt wurden.

Es gibt kaum mehr "Siedlerpioniere", die heute noch Zeugnis davon geben können, wie sie im Jahr 1935 unter größten körperlichen Strapazen, eiserner Disziplin und unvorstellbaren Entbehrungen die Fundamente zu einer Siedlungsanlage geschaffen haben, die heute als "Nordrandsiedlung" weithin bekannt ist. Inzwischen dient sie als Bezeichnung aller zur Katastralgemeinde Leopoldau nördlich der Schnellbahnlinie liegenden Wohngebiete.

Es wird für die meisten Siedlerkolleginnen und –Kollegen von Interesse sein, wenn wir als Siedlerverein, eben so alt wie die Siedlung selbst, heute - auf 80 Jahre zurückblickend – versuchen wollen, den Werdegang der Entstehung "unserer Siedlung" zur Kenntnis bringen.

Die Vorgeschichte der Entstehung

Im Jahr 1910 wurde unter Kaiser Franz Josef ein Gesetz betreffend die Errichtung eines "Wohungsförderungsfonds" erlassen (RGBL. 242 v. 22.12.1910). Zweck dieses Fonds war vor allem die "Verbesserung der Wohnverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde 1921 dieses Gesetz erweitert und zum "Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds" ausgestaltet. Hier wird erstmalig der Begriff "Kleinwirtschaftssiedlungen" geprägt und festgestellt, dass es sich dabei um Siedlerstellen bis zu einem Ausmaß von 5.000 m² handle, die der Garten- bzw. Landwirtschaft dient und in der Regel vom Siedler und seiner Familie selbst bewirtschaftet werden kann.

Am 22. Juni 1925 wurden mit Bundesgesetzblatt Nr. 187 die Statuten des "Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds" verlautbart. Im Art. 42 hieß es unter Besondere Grundsätze für Siedlungen: "Der Siedler hat sich in der Regel an den Bauarbeiten werktätig zu beteiligen (Selbsthilfe, Eigenhandbau). Seine Arbeit wird nach Siedlerstunden bemessen.... Sie wird jedoch nicht bar entlohnt sondern es wird ihr Wert (keinesfalls höher als der Tarifsatz) dem Siedler gutgeschrieben. Außerdem hat der Siedler 10% der Gestehungskosten in bar einzuzahlen und das jährliche Siedlerentgelt zu entrichten.

Der unmittelbare Anlass zum Bau

Die Weltwirtschaftskrise (Börsekrach 1929), hatte dem damals auch von innenpolitischen Krisen erschütterten labilen Staatsgefüge der 1. Republik eine Arbeitslosenziffer beschert, die heute auf Grund mangelnder Erfassungsstatistik auf rund 600.000 geschätzt wird. Daher kam auch der Anfang der 30-er Jahre vorerst so vielversprechende kommunale Wohnbau der Stadt Wien aus akutem Geldmangel in arge Schwierigkeiten. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche Familien sich außer Stande sahen, die hohen Mietzinse zu bezahlen, von den Hausherren gekündigt und vielfach auch delogiert wurden. Am Rande der Stadt wurden von den nun obdachlos Gewordenen oft slumartige Behausungen (Brettldorf usw.) errichtet, die zur hygienischen und sozialen Bedrohung auszuarten begannen. In dieser Zeit entwickelte sich eine starke "Siedlerbewegung" die entsprechenden Druck auf die Wiener Stadtverwaltung machte. Es kam zu Demonstrationen vor dem Rathaus an der bis zu 100.000 Menschen teilnahmen. Dieser Entwicklung versuchte die Wiener Stadtverwaltung mit den "Randsiedlungsaktionen für Erwerbslose" zu begegnen. Die gesetzlichen Grundlagen waren zum Teil, wie erwähnt, schon vorhanden. Dazu kam das Gesetz über den "Freiwilligen Arbeitsdienst" der die Umsetzung wesentlich erleichterte.

Der Baubeginn und die Bedingungen

Bewerber um eine Siedlerstelle mussten arbeitslos oder bereits ausgesteuert sein, sollten Familienerhalter und nicht älter als 55 Jahre sein, mit der Einschränkung, dass "bei Vorhandensein von unversorgten minderjährigen Kindern oder besonders guter beruflicher Eignung" die Altersgrenze auf 65 Jahre erhöht werden konnte. Das Mindestalter war 25 Jahre und die Bewerber mussten eine rechtlich gültige Ehe nachweisen. Es bestand aber die Möglichkeit, sich zu einer Eheschließung vor Fertigstellung der Siedlung zu verpflichten. Außerdem war "selbstverständlich die entsprechende körperliche und moralische Eignung" erforderlich. Besonders erwünscht waren Maurer, Zimmerer, Bautischler, Spengler, Schlosser, Maler und Anstreicher und solche, die bereits (als Berufs- oder Kleingärtner oder als Landarbeiter) praktische Kenntnisse in Gartenbau und Kleintierzucht erworben haben.

Planung, Bauausführung, Bauaufsicht und Verwaltung wurden in die Hände der als Treuhänderin der Stadt Wien installierten "Wiener Siedlungsgesellschaft mbH" (später GESIBA) gelegt. Die Siedlungswerber erhielten in den Räumen der Gesellschaft eine "Arbeits- und Siedlungsordnung für die Erwerbslosensiedlungen" ausgehändigt und mussten sich durch Unterzeichnung eines "Gedächtnisprotokolles" den darin enthaltenen Bestimmungen unterwerfen.

Vergehen gegen Arbeitsdisziplin, mangelhafte Leistung, Unfähigkeit Siedlerarbeit zu verrichten, mehrmaliges unentschuldigtes Fernbleiben vom Arbeitsplatz, mangelnde oder sorglose Betreuung von Arbeitsmaterial und Werkzeug usw. führten zum sofortigen Ausschluss von der Bewerbung ohne Ersatzanspruch auf geleistete Stunden.





Sämtliche Bewerber wurden im Rahmen des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" automatisch eingegliedert, erhielten weiter die Arbeitslosenunterstützung und eine Stundenausweiskarte, die bei Arbeitsbeginn und nach Arbeitsschluss vom Bauleiter bestätigt werden musste.





Als Tagespauschalvergütung wurden S 2,50 ausbezahlt, für ein warmes Mittagessen wieder 50 Groschen in Abzug gebracht. Die Zufahrt zur Baustelle war praktisch nur mit der Straßenbahnlinie 117 möglich. Von der Endstelle Leopoldauerplatz musste ein Fußmarsch von ca. 1/2 Stunde angetreten werden, und das bei jedem Wetter. Schneeverwehungen von 2 m Höhe waren damals im Winter bei dem auf vollkommen frei stehendem Ackerbauplatz keine Seltenheit. Mangelhafte Bekleidung, schlechte Ernährung und allgemeine körperliche Schwäche konnten daher nur mit eisernem Willen und Angst vor dem drohenden Ausschluss von der Aktion kompensiert werden.

Die Bauzeit

Als Leistungslimit wurden von der Gesellschaft für jeden Siedler 2.000 Arbeitsstunden festgesetzt. Siedlungsbewerber, die während der Bauzeit eine bezahlte Beschäftigung fanden, konnten für diese Zeit einen Ersatzmann stellen, welchen sie natürlich entschädigen mussten oder die fehlende Stundenanzahl wurde später der Baukostenrückzahlungsrate zugeschlagen. Obwohl jeder Siedler gemäß seinen Fähigkeiten bei den Bauarbeiten eingesetzt wurde, sind Angehörige baufremder Berufe, wie Uhrmacher, Schriftsetzer, Buchhalter oder Zuckerbäcker natürlich ebenso zum Betonieren, Brunnenschlagen und Kellerausheben herangezogen worden. Alle diese Arbeiten mussten noch dazu mangels an Maschinen größtenteils händisch verrichtet werden. Diese für die meisten ungewohnte, mit Krampen und Schaufel zu verrichtende Arbeit, stellte für alle eine körperliche Anforderung dar, der sie kaum gewachsen waren. Und dennoch schafften sie es, der Bau der Siedlung machte gute Fortschritte.





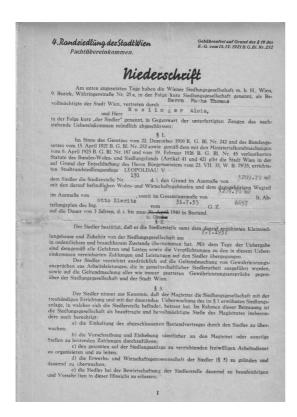


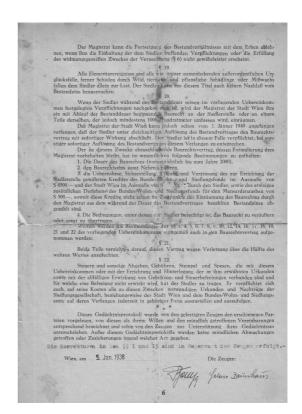
Die Fertigstellung und der Bezug

Im Herbst 1936 war es dann soweit: Durch Verlosung wurden Siedlungswerbern die einzelnen Siedlerstellen zugeteilt. Es bestand unmittelbar nach der Verlosung die Möglichkeit zum Tausch untereinander bzw. eine Nachbarschaftsabsprache vor der Verlosung. Vor dem Bezug der Siedlerstelle mussten von allen noch 500.- Schilling Baukostenanteil (10 % der Gesamtkosten) bar eingezahlt werden. Dies war in den meisten Fällen nur durch Ablöse der vorherigen Altwohnung möglich. So bedeutete für sehr viele der Umzug ins neue Heim einen gewagten Schritt mit Frau und Kind in eine ungewisse Zukunft. Die restlichen 90 % der Materialkosten (4.500.- Schilling) wurden als Darlehen des Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds gewährt.

Das bedeutete, dass der Siedler sein Haus nicht nur selbst gebaut, sondern auch selbst bezahlt und somit Eigentum am Gebäude geschaffen hat. Grundsätzlich steht jedes Gebäude im Eigentum des Grundeigentümers. Eine Ausnahme ist das "Baurecht", das auch grundbücherlich eingetragen wird

und dem Baurechtsnehmer ein auf mindestens 10 höchstens 100 Jahre dauerndes **vererb- und veräußerbares** Eigentumsrecht an einem Gebäude auf fremden Grund sichert. Der Bauzins muss für die gesamte Laufzeit im Vorhinein festgelegt werden und kann (seit 1990) indexgesichert werden. Im § 20 der "Niederschrift" (Pachtübereinkommen) sichert die Stadt Wien dem Siedler die Einräumung eines "Baurechtes" (voraussichtlich bis 2000) zu.





Die ersten harten Jahre

In den frisch bezogenen, noch baufeuchten, von allen Seiten frei stehenden, ganz primitiv errichteten und wieder viel zu klein gebauten Wohnungen standen den neuen Siedlerfamilien zunächst schwere Zeiten bevor: Es gab keinen elektrischen Strom und auch kein Gas. Der zum Hausinventar gehörende Kohlenküchenherd diente als Kochstelle und war die einzige Heizungsquelle. Wasser musste dem hinter dem Haus stehenden Schlagbrunnen mittels Handpumpe entnommen werden. Es gab weder Kanalisierung noch Senkgruben. Der im so genannten "Trockenklo" stehende Behälter musste nach jeder Benützung mit Torf abgedeckt und nach Vollwerden am Grundstück entleert werden. (Siehe dazu auch das Buch "Kübeldörfer" von Ulrike Zimmerl). Zur Beleuchtung dienten meist Petroleumoder Karbidlampen.

Es gab auch keinen einzigen Telefonanschluss und keinen Arzt in der Siedlung. In ganz dringenden Fällen konnte über das Fahrdienstleitertelefon am Bahnhof die Rettung verständigt werden. Dazu kam noch ein Straßenzustand, den man überhaupt nicht als solchen bezeichnen konnte, da von einer Festigung der Straßendecke überhaupt keine Rede sein konnte. Tiefe Regen- und Schmelzwasserlacken bedeckten zeitweise ganze Straßenabschnitte, unterbrochen von aufgeweichtem Erdreich, das Bleischwer an dem ohnehin desolatem Schuhwerk kleben blieb. Einziges öffentliches Verkehrsmittel war der meist nur in Intervallen von 3 bis 4 Stunden verkehrende Personenzug der Nordbahn, der jedoch am Praterstern Endstation hatte.

Die meisten Züge endeten überhaupt in Floridsdorf. Wer also außerhalb des Fahrplanes fahren wollte, musste fast eine halbe Stunde zu Fuß nach Leopoldau gehen. Die Straßenbahnlinie 117 verkehrte aber auch nur alle 20 Minuten.

Ab 22 Uhr gab es weder Bahn noch Straßenbahn. Die einzige Schule war eine 4-klassige Volksschule am Leopoldauer Platz, (Hauptschule Jedlesee). Die Kinder mussten diesen Weg täglich zu Fuß (in der wärmeren Zeit, um Schuhwerk zu sparen, barfuß) hin und zurück gehen.

Die damals sehr strengen Winter und die wirtschaftliche Not stellten sehr viele Siedler vor die harte Entscheidung, entweder die notwendigen Lebensmittel oder einen Sack Kohle zu kaufen. Sehr oft wurde abends hungrig zu Bett gegangen und an den noch feuchten Wänden glitzerten die Eiskristalle. Nur mit großer Mühe konnte der durch die Bautätigkeit festgetretene und mit Ziegeltrümmern und Steinen durchsetzte Boden für den Anbau von Kartoffeln, Gemüse und Futterpflanzen wieder urbar gemacht werden. Harte Debatten und turbulente Versammlungen innerhalb des Siedlervereines, der die Aufgabe hatte, das nötige Saatgut und Düngemittel, sowie Futtermittel und Absatzmöglichkeiten für die wenigen Produkte des Gartens und der Kleintierzucht innerhalb der inzwischen gegründeten Genossenschaft zu organisieren, kennzeichneten die damals äußerste triste Situation. Der von der Politik vorgesehen Plan, aus den Erträgnissen des Grundes ein entsprechendes Nebeneinkommen zu erzielen, scheiterte an der geringen Größe der Grundflächen von ca. 1.200 m².

Der Ausbruch des Krieges hatte zur Folge, dass ein Großteil der Männer zur Wehrmacht einberufen wurde. Die Frauen mit den Kindern sahen sich außer Stande, auf dieser Basis weiterhin die Gartenarbeit und Kleintierzucht im einst beabsichtigten Umfang weiter zu führen. Durch Bombenangriffe wurde eine Reihe von Siedlungshäusern gänzlich zerstört oder so schwer beschädigt, dass sie nach dem Kriegsende neu aufgebaut werden mussten. Da von den meisten Frauen, deren Männer im Krieg gefallen oder in der Kriegsgefangenschaft vermisst waren, diese Strapazen nicht mehr bewältigt werden konnten, sahen sich viele veranlasst, die Siedlung zu verlassen.

Die spätere Entwicklung und die Verbesserung der allgemeinen Situation

Neue Siedlerkollegen (ein beträchtlicher Teil musste zu Kriegsende Ihre Heimat in Südosteuropa verlassen), brachten wieder Impulse und neue Initiativen in das Leben der Nordrandsiedlung. Erst zaghaft, dann aber mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage setzte wieder rege Bautätigkeit ein. Jeder versuchte nach seinen Kräften und Mitteln den vorhandenen Wohnraum etwas zu erweitern oder zumindest zu verbessern. Die Stromversorgung konnte bereits kurz nach Beendigung des Krieges trotz Materialknappheit zustande gebracht werden. Später folgte auch die Versorgung mit Gas. Eine moderne Volksschule wurde im unmittelbaren Siedlungsbereich erbaut, eine Autobuslinie, vorerst privat, dann öffentlich, nahm ihren Betrieb auf. Die Züge der Nordbahn verkehrten in regelmäßigen, kürzeren Intervallen, Telefonanschlüsse wurden installiert und ein Arzt eröffnete seine Praxis. Die Einbeziehung in die öffentliche Müllabfuhr sowie der Anschluss an das Trinkwassernetz und nicht zuletzt die Inbetriebnahme des Schnellbahnverkehrs waren weitere Schritte, die das Leben der Nordrandsiedler nun doch etwas angenehmer machen sollten. Die Kanalisierung und der Ausbau der Straßen wurden (1969) abgeschlossen. Natürlich haben alle diese Verbesserungen für jeden Einzelnen von uns schwere finanzielle Belastungen und große Opfer gefordert, doch ein Siedler wird immer mit größeren und kleineren Investitionen konfrontiert. Ausbesserungen und laufende Erneuerungen an Haus und Garten sind die ständigen Begleiter des Siedlers.

Mein verstorbener Vorgänger, Walter Lausch, schrieb an dieser Stelle anlässlich des 40-jährigen Jubiläums noch:

Dafür haben wir aber einige in der heutigen Zeit unschätzbare Vorteile gegenüber den Bewohnern der vom Verkehrslärm und Abgasgestank erfüllten Wohnbezirke: Gesunde Luft, mehr persönliche Freiheit und keine Freizeitlangeweile.

Unsere Aufgabe muss es sein, diese mit so vielen Entbehrungen und mühevoller Arbeit erreichten günstigen Lebens- und Umweltbedingungen mit allen Mitteln zu erhalten und wenn möglich weiter zu verbessern. Dazu bedarf es jedoch weiterhin einer geschlossenen Zusammenarbeit aller Siedlerkollegen innerhalb des Siedlervereines. Nur so können die Aufgaben und Probleme, die zweifellos auch in Zukunft vorhanden sein werden, bewältigt und im Sinne der Siedler gelöst werden.

Ich glaube, dass er vor 40 Jahren schon erahnt hat, was auf uns zukommen wird, und ich kann mich diesen Worten nur voll anschließen.

Aktuelle Probleme

Neben den Verkehrsproblemen, die uns insbesondere durch den Bau der U-Bahn und fehlende Verkehrsplanung "auf den Kopf gefallen" sind, beschäftigt uns in den letzen Jahren noch ein weiteres Problem:

Die Stadt Wien wollte offenbar nach dem Krieg von der Einräumung der "Baurechtsverträge" nichts mehr wissen, was dazu führte, dass die ersten Verträge erst Ende der 60-er Jahre bzw. Anfang der 70-er Jahre abgeschlossen wurden. Der jährliche Bauzins wurde zunächst mit 1 Schilling pro Quadratmeter (das sind 3,5% vom durchschnittlichen Grundpreis von damals rund 30 Schilling, wovon 50 Schilling auf das Bauland und der Rest auf Grünlandpreis entfallen war) und später, Anfang der 70-er Jahre mit 6 Schilling pro Quadratmeter (das sind 4 % vom damaligen Baugrundpreis von 150 Schilling für die gesamte Grundfläche) festgelegt. Das Ende des Baurechtes wurde darin allerdings erst mit 2054 vereinbart, wenn die ursprünglich sehr primitiv errichteten Häuser bereits 118 Jahre alt wären. Viele der Häuser wurden inzwischen wesentlich umgebaut oder gänzlich erneuert. Am Ende der Laufzeit des Baurechtes geht das Eigentum am Gebäude in das Eigentum des Grundeigentümers, der Stadt Wien, über. Es steht der Stadt Wien dann frei, ob sie das Grundstück "geräumt" übergeben haben will oder ob sie das Gebäude übernimmt. In diesem Fall ist sie nur verpflichtet ein Viertel des Gebäudewertes abzulösen.

Bisher hatte die Stadt Wien den Siedlern faire Angebote zum Kauf der Grundstücke gemacht und mehr als die Hälfte der Siedler haben bereits davon Gebrauch gemacht und sind nun selbst Eigentümer der Grundstücke. In den letzten Jahren hat sich allerdings die Einstellung der Stadt Wien gegenüber den Siedlern wesentlich verschlechtert und Leistungen und Interessen der Siedler werden beim Kauf des Grundstückes nicht mehr berücksichtigt. Die ursprünglich als große soziale Leistung der Stadt geplante Aktion wurde schon bisher zu einem der ertragreichsten Geschäfte, die die Stadt Wien in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Der Acker, den die Stadt Wien damals gekauft hatte, kostete ein paar Groschen und selbst bei fair kalkulierten Preisen hat sie schon bisher gut verdient. Sämtliche Investitionen in die Siedlung wie Strom, Gas, Kanal, Gehsteige etc. wurden von den Siedlern bezahlt. Erst durch ihre Investitionen wurde die Siedlung zu dem, was sie heute ist und erst diese Leistungen rechtfertigen die leider heute sehr hohen Grundpreise. Andererseits sind aus der Sicht des Grundeigentümers Baurechtsverträge auf der Preisbasis der 60-er oder 70-er Jahre heute nicht mehr "marktkonform" und die Stadt Wien kauft selbst im Rahmen ihres "Vorkaufsrechtes" Baurechte um dem "Minderertrag" zu entgehen und die somit lastenfreien Grundstücke entsprechend zu verwerten. Zum Thema Grundkauf durch den Siedler muss es daher unbedingt noch weitere Gespräche mit der Stadt Wien geben, was die Stadt Wien aber seit über 10 Jahren verweigert.

Zusätzlich haben die gestiegen Grundstückspreise Fertigteilhausfirmen und Bauträger dazu bewogen die aktuellen Bebauungsbestimmungen bis zum Letzten auszureizen, frei werdende Grundstücke zu kaufen und statt bisher 1 Haus nunmehr 4 Häuser auf der selben Grundfläche unterzubringen und so die Flächen weiter zu verdichten. Von einer Gartennutzung kann man da nicht mehr sprechen.

Zusammenschluss mit Nachbarvereinen

Leider haben sich in unseren beiden Nachbarvereinen, dem Siedlerverein Leopoldau-Umgebung (Bereich Fallmerayerweg, Zukunftsweg etc.) und dem Siedlerverein Großfeldsiedlung keine Nachfolger für Funktionäre gefunden, sodass diese vor ihrer Auflösung standen. Schließlich haben die Mitglieder dieser Vereine beschlossen, sich unserem Verein anzuschließen und wir werden nun auch versuchen, deren Interessen weiter zu vertreten. Beim Siedlerverein Leopoldau-Umgebung gibt es die Probleme mit den Baurechtsverträgen nicht, da diese Grundstücke von einem privaten Grundbesitzer direkt im Eigentum an die Siedler verkauft wurden. Die Großfeldsiedlung hat die gleiche Geschichte wie die Nordrandsiedlung. Sie wurde bereits zwei Jahre früher im Rahmen der Randsiedlungsaktion der Stadt Wien nach dem gleichen System errichtet. Die Grundstücke waren dort noch größer (bis 2.500 m²) und Teile der ursprünglichen Siedlung wurde inzwischen von der Stadt Wien abgesiedelt und in den Jahren 1966 bis 1973 die nun bekannte Hochhaussiedlung als Gemeindebau errichtet. Es verblieben nur einige Straßenzüge als Einfamilienhaus-Siedlung im ursprünglichen Siedlungscharakter erhalten. Die verbliebenen Baurechtsverträge laufen dort schon wesentlich früher aus als in der Nordrandsiedlung und dort stehen viele Siedler vor echten Existenzproblemen, wenn die Stadt Wien bei ihrer harten Vorgangsweise bleibt. Derzeit gibt es bei Ablauf der Verträge nur 3 Alternativen: Einen neuen Bauzins (für das Grundstück!) von monatlich über € 1.000.- akzeptieren, den Grund zum heutigen "Freigrundwert" zu kaufen oder ausziehen, wobei die Stadt Wien entscheidet, ob das Gebäude abgerissen werden muss, oder ob sie es um ¼ des aktuellen Gebäudewertes übernimmt…

Das von unserem Verein nunmehr zu vertretende Siedlungsgebiet stellt sich daher wie folgt dar:

Die Karl-Lauterbachsiedlung ist nach wie vor ein eigenständiger Verein im Rahmen des Österreichischen Siedlerverbandes und einige Siedler haben auch dort aktuell Probleme mit dem Auslaufen von Baurechtsverträgen mit der Stadt Wien.



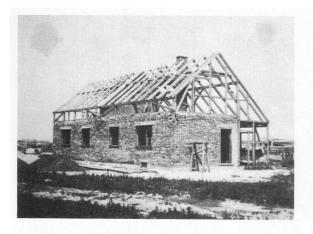
Grafikhintergrund: Stadt Wien - Vienna GIS

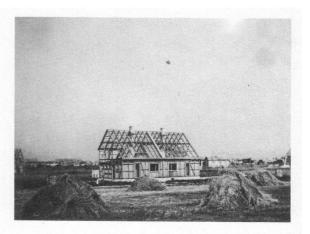
Ich hoffe, dass es uns auch in Zukunft gelingen wird, unsere Siedlung(en) als lebenswerten Teil dieser Stadt in einer gesunden Umwelt zu erleben und dass sich auch unsere Kinder noch ein Leben hier leisten können. Ein Blick zurück in die Vergangenheit sollte uns aber auch zeigen, dass wir mit Bescheidenheit und Engagement mehr erreichen können als mit bloßen Forderungen und der Hoffnung, dass andere etwas für uns tun.

Gottfried Krause
Obmann Siedlerverein Nordrandsiedlung

Ursprünglich erstellt von Walter Lausch 1976 Überarbeitet und ergänzt von Gottfried Krause 2011 und 2016

Weitere Informationen und Dokumente zur Geschichte der Siedlung finden Sie auch auf der Homepage unseres Vereines unter www.nordrandsiedlung.com





Und jetzt wird der Dachstuhl aufgestellt





Gruppe A

Guppe B



Gruppe C / Holzhaus